Eigenerklärungen zur Eignung – VgV

Bei Eintragung in das Amtliche Verzeichnis präqualifizierter Unternehmen für den Liefer- und Dienstleistungsbereich ersetzt eine Kopie des Bescheids diese Erklärung.

Bei einer Bietergemeinschaft, sind die Angaben ab Seite 2 sowie zusätzlich der Name des Unternehmens, von jedem Mitglied auszufüllen und vorzulegen.

Bieter (Name, Unternehmen)

	Jahr	€
☐ Umsatz des Unternehmens in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren, soweit er Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Leistungen		

Mit der Abgabe eines Angebots erkläre(n) ich/wir, dass ich/wir in den letzten drei Geschäftsjahren Leistungen erbracht habe(n), die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar **(siehe Auftragsbekanntmachung)** sind.

☐ Angabe von Referenzen

1. Referenz: Leistung, Auftragswert und Auftraggeber (Ansprechpartner und Telefonnr.)		
2. Referenz: Leistung, Auftragswert und Auftraggeber (Ansprechpartner und Telefonnr.)		
3. Referenz: Leistung, Auftragswert und Auftraggeber (Ansprechpartner und Telefonnr.		

☐ Anzahl der in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte :

Jahr	Jahr	Jahr

☐ Mein/ Unser Betrieb ist in folgender Berufsgenossenschaft:

Bezeichnung:	Mitgliedsnummer:

☐ Eintragung in das Berufsregister ihres Sitzes oder Wohnsitzes	☐ Ich bin/Wir sind eingetragen im Handelsregister unter	
	Nummer:	
	beim Amtsgericht:	
	☐ Ich bin/Wir sind nicht zur Eintragung in das Handelsregister verpflichtet.	

☐ Über mein/unser Unternehmen wurde ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren eröffnet oder die Eröffnung eines solchen wurde beantragt oder mangels Masse abgelehnt oder das Unternehmen ist faktisch zahlungsunfähig.	ja	nein
	☐	☐

Mit der Abgabe meines/unseres Angebots wird erklärt, dass nachweislich auf keine Person, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist, ein zwingender Ausschlussgrund (§ 123 Abs. 1 GWB) zutrifft und,. ob eine schwere Verfehlung, die die Zuverlässigkeit als Bewerber in Frage stellt (§ 124 Abs. 1 Nr. 3 GWB) oder ein weiterer fakultativer Ausschlussgrund nach § 124 GWB vorliegt.

☐ Es liegt **keine** rechtskräftige Verurteilung oder Festsetzung einer Geldbuße nach § 30 OWiG wegen einer der folgenden Straftaten bzw. nach vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten vor (§ 123 GWB):

§ 129 StGB *Bildung krimineller Vereinigungen*
§ 129a StGB *Bildung terroristischer Vereinigungen*
§ 129b StGB *Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland*
§ 89c StGB *Terrorismusfinanzierung bzw. Beteiligung an einer solchen Tat*
§ 261 StGB *Geldwäsche, Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte*
§ 263 StGB *Betrug*
§ 264 StGB *Subventionsbetrug*
§ 299 StGB *Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr*
§ 108e StGB *Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern*
§§ 333, 334 StGB *Vorteilsgewährung und Bestechung*, jeweils auch in Verbindung mit § 335a StGB
Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung - *Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr*
§§ 232, 233 StGB *Menschenhandel*
§ 233a StGB *Förderung des Menschenhandels*

☐ Des Weiteren liegt **kein** Ausschlussgrund nach §§ 21, 23 Abs. 1, 2 AEntG, §§ 19, 21 Abs. 1, 2 MiLoG, § 21 SchwarzArbG oder § 98c AufenthG infolge der Belegung mit einer Geldbuße in Höhe von wenigstens 2.500 € bzw. infolge einer rechtskräftigen Verurteilung zu mehr als drei Monaten Freiheitsstrafe oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen wegen illegaler Beschäftigung vor. Es liegen daher im Gewerbezentralregister keine Eintragungen bezüglich dieser Vorschriften oder bezüglich § 81 Abs. 1 – 3 GWB vor, die Gegenstand eines Auskunftsanspruchs nach § 150a GewO sein können.
Hinweis: Ab einem Auftragswert von 30.000 Euro wird der Auftraggeber für den Bieter, auf dessen Angebot der Zuschlag erteilt werden soll, einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister gem. § 150a GewO beim Bundesamt für Justiz anfordern.

Liegt ein fakultativer Ausschlussgrund wegen eines schuldhaften Verstoßes gegen eine der folgenden Vorschriften vor (§ 124 Abs. 1 Nr. 3 GWB)?

§ 70 StGB *Anordnung des Berufsverbots*	☐ Ja	☐ Nein
§ 132a StPO *Vorläufiges Berufsverbot*	☐ Ja	☐ Nein
§ 242 StGB *Diebstahl*	☐ Ja	☐ Nein
§ 246 StGB *Unterschlagung*	☐ Ja	☐ Nein
§ 253 StGB *Erpressung*	☐ Ja	☐ Nein
§ 259 StGB *Hehlerei*	☐ Ja	☐ Nein
§ 264 StGB *Subventionsbetrug*	☐ Ja	☐ Nein
§ 265b StGB *Kreditbetrug*	☐ Ja	☐ Nein
§ 266 StGB *Untreue*	☐ Ja	☐ Nein
§ 267 StGB *Urkundenfälschung*	☐ Ja	☐ Nein
§ 268 StGB *Fälschung technischer Aufzeichnungen*	☐ Ja	☐ Nein
§§ 283 – 283d StGB *Insolvenzstraftaten*	☐ Ja	☐ Nein
§ 298 StGB *Wettbewerbsbeschränkende Absprachen bei Ausschreibungen*	☐ Ja	☐ Nein
§ 306 StGB *Brandstiftung*	☐ Ja	☐ Nein
§ 319 StGB *Baugefährdung*	☐ Ja	☐ Nein
§§ 324, 324a StGB *Gewässer- oder Bodenverunreinigung*	☐ Ja	☐ Nein
§ 326 StGB *Unerlaubter Umgang mit Abfällen*	☐ Ja	☐ Nein
§ 35 GewO *Gewerbeuntersagung wegen Unzuverlässigkeit*	☐ Ja	☐ Nein
§ 17 Abs. 2 UWG *Verrat von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen*	☐ Ja	☐ Nein
§ 1 GWB *Verbot wettbewerbsbeschränkender Vereinbarungen*	☐ Ja	☐ Nein

Wurde bei der Ausführung eines öffentlichen Auftrags schon einmal gegen geltende Vorschriften verstoßen? (Verstoß im Sinne des § 124 Abs. 1 Nr. 1 GWB)

Verstoß gegen umweltrechtliche Vorschriften?	☐ Ja	☐ Nein
Verstoß gegen sozialrechtliche Vorschriften?	☐ Ja	☐ Nein
Verstoß gegen arbeitsrechtliche Vorschriften? (insbesondere gegen AGG und EntgTranspG)	☐ Ja	☐ Nein

Besteht ein Interessenkonflikt, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit vom öffentlichen Auftraggeber bei der Durchführung des Vergabeverfahrens in Frage stellt (§ 124 ,Abs. 1 Nr. 5 GWB)?	☐ Ja	☐ Nein
Besteht eine Wettbewerbsverzerrung dadurch, dass dieses Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war (§ 124 Abs. 1 Nr. 6 GWB)?	☐ Ja	☐ Nein
Hat dieses Unternehmen bei der Ausführung eines früheren Auftrags oder Konzessionsvertrags eine wesentliche Anforderung erheblich oder dauerhaft mangelhaft erfüllt, woraus eine vorzeitige Beendigung, eine Schadensersatzpflicht oder eine vergleichbare Rechtslage resultierte (§ 124 Abs. 1 Nr. 7 GWB)?	☐ Ja	☐ Nein

☐ Mit der Abgabe meines/unseres Angebots wird erklärt, dass ich/wir meine/unsere Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt habe/haben.